

Professor Dr. HANS G. NUTZINGER, Kassel

Was ist eine ökologisch orientierte Wirtschaft?

Es ist heute eine Binsenweisheit, wenn man feststellt, daß Ökologie und Ökonomie, Wirtschaft und Umwelt letztendlich keine Gegensätze seien. Der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen sei schließlich im Grunde nichts anderes als die Verwirklichung des ureigensten »ökonomischen Prinzips«, das bekanntlich den wirtschaftlichen Einsatz knapper Mittel für die jeweiligen Ziele fordere. In der Tat ist es unmittelbar – auch für den Nicht-Experten – einleuchtend, daß eine Volkswirtschaft auf die Dauer nicht davon profitieren kann, daß sie sich durch die Art und Weise ihrer Produktion und ihres Konsums, die immer mehr mit einer Zerstörung der natürlichen Umwelt einhergehen, langfristig ihre eigenen Lebensbedingungen untergräbt. Wer ist schon so dumm, sich den Ast abzulegen, auf dem er sitzt? Denkt man an die Schreckensmeldungen über das Waldsterben, das Umkippen von Gewässern, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, über Smog-Alarme und Pseudo-Krupp, so kommt man zu dem deprimierenden Ergebnis, daß es offenbar wir selbst sind, die – vielleicht ohne es zu wollen – diese Dummheit begehen. Bevor ich auf die Möglichkeiten eines Übergangs zu einer weniger umweltschädlichen Produktionsweise eingehe, will ich kurz die beiden wichtigsten Arten von Gründen angeben, warum wir bisher der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt weit weniger Gewicht beigemessen haben, als ihr ganz offenkundig zukommt. Zum einen handelt es sich um Gründe im *Denken*, die wichtige Einsichten verhindern, und zum anderen handelt es sich um *praktische Interessen*, die der Verwirklichung abstrakter Erkenntnisse entgegenstehen.

Widerstände des Denkens

Gerade der abendländische Mensch hat den biblischen Auftrag »Machet Euch die Erde untertan« fast immer als einen Freibrief zur rücksichtslosen Ausbeutung seiner natürlichen Umwelt verstanden. Diesem fehlerhaften Handeln geht regelmäßig ein falsches Denken voraus, in dem sich der Mensch – selbst Teil der Natur – über die Natur erhebt, sich nicht als Teil von ihr erlebt, sondern sie zu etwas von ihm Getrennten, zum Objekt, zum Gegenstand seiner Ausbeutung macht. Diese falsche Grundeinstellung wird besonders offenkundig, wenn wir die hier vor allem zuständige Disziplin, die Wirtschaftswissenschaften, daraufhin anschauen. Es zeigt sich dabei nämlich, daß die herrschenden Richtungen ökonomischen Denkens – Neoklassik, (Post-)Keynesianismus und (Neo-)Marxismus – sich bei aller Verschiedenheit in anderen Fragen – insbesondere hinsichtlich der Steuerung einzel- und gesamtwirtschaftlicher Prozesse – doch gerade im Hinblick auf die natürlichen Lebensgrundlagen sehr ähnlich sind. Trotz gelegentlicher Verweise auf die Notwendigkeit, diese Lebensgrundlagen zu sichern, zeigt sich immer wieder dieselbe Grundvorstellung von den Umweltbedingungen: Grob vereinfacht erscheint die Erde als Lieferant ständig erneuerbarer Ressourcen, insbesondere für die Energiegewinnung, und als stofflicher Träger der Umweltmedien (Boden, Luft, Wasser) letztendlich beliebig ausbeutbar, also als eine Art »Schatzkiste«, aus der sich

Menschen bei Produktion und Konsum nach Belieben bedienen können. Die physikalische Begrenztheit der Erde und die dadurch gegebenen Grenzen der Belastbarkeit wurden lange Zeit kaum gesehen. Selbst heute, wo man sie erkennt, sucht man diese Probleme allein durch traditionelle ökonomische Steuerungsmittel (wie Verknappung über den Preis oder Zuteilung über gesellschaftliche Planung) zu lösen. So wichtig solche Mechanismen sind, sie erfassen doch nicht systematisch, was den Kern des Problems ausmacht: daß nämlich die Erzeugung von Reichtum durch Güterproduktion immer zugleich auch einen elementaren Reichtumsverlust, nämlich die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen, bedeutet. Im Denken und Handeln muß also das ökonomische Prinzip, der wirtschaftliche Umgang mit knappen Mitteln, *systematisch*, nicht nur punktuell, auf die Umwelt übertragen werden. Indem wir uns selbst als Teil dieser Umwelt erkennen, hört sie auf, ein von uns abgetrenntes Äußeres zu sein: Sie wird zur Mitwelt (Meyer-Abich).

Entgegenstehende Interessen

Auch heute noch, wo unser Denken sich allmählich zu wandeln beginnt und wir erkennen, daß unsere Art des Wirtschaftens die Lebensbedingungen unserer Nachkommen, aber auch schon unserer eigenen Generation, bedroht und daß wir auf Dauer nicht reicher werden können, indem wir die Bedingungen unserer Existenz untergraben, hat sich trotz des wenigstens ansatzweise geänderten Bewußtseins im praktischen Handeln noch sehr wenig geändert. Von der abstrakten Erkenntnis, daß langfristige Ökonomie und Ökologie in eins gehen, bis zur praktischen Umsetzung dieser Erkenntnis in konkrete Handlungen – insbesondere durch eine Umstrukturierung unserer Wirtschaft in Richtung auf weniger umwelt- und energiebelastende Produktion – ist es indes ein weiter Weg. Tatsächlich trifft ja die erforderliche Schrumpfung umweltbelastender Produktionen nur bestimmte Gruppen und Regionen, für die das langfristige Ziel des umweltgerechten Wirtschaftens gegenüber unmittelbar erfahrbaren Einbußen in der Regel nachrangig sein wird: Die betroffenen Arbeitnehmer und Gewerkschaften werden sich gegen den Abbau von Arbeitsplätzen zur Wehr setzen; Manager und Kapitaleigner werden ihre Absatz- und Gewinninteressen verteidigen; die Politiker in den betroffenen Regionen werden sich für den Fortbestand der Produktion aussprechen, weil sie Einnahmeverluste bei den verschiedensten Steuerarten befürchten. Daß durch den Aufbau weniger umweltschädlicher Produktionszweige – meist anderswo und langfristig – neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen können, wird von den betroffenen Gruppen bei ihrem Widerstand gegen den Abbau umweltbelastender Produktion in aller Regel ebensowenig in Rechnung gestellt wie die Tatsache, daß dieses Verhalten – »Umweltschutz im Prinzip ja, aber bitte nicht hier« – letztendlich die Umsetzung richtiger Erkenntnisse in praktisches Handeln insgesamt unmöglich macht.

Viele der politisch umstrittenen Entscheidungen der letzten Monate – von Buschhaus über Boxberg bis hin zum Main-Donau-Kanal –, die offenkundig eher *gegen* als *für* die Umwelt ausgefallen sind, lassen sich nur auf diesem Hintergrund kurzfristiger, gut artikulierter Interessen verstehen. In einer demokratischen Gesellschaft wie der unseren können sich natürlich auch Interessen zugunsten der Umwelt artikulieren, und sie tun das ja auch; nur sind die

Vertreter solcher Umweltinteressen in aller Regel im Nachteil gegenüber anderen Interessenvertretern, weil sie ja außer Appellen für die Natur wenig anzubieten haben – keine Arbeitsplätze, keine Absatzchancen, keine Steuereinnahmen. Gleichwohl darf man hoffen, daß die Erkenntnis dieses Zusammenhangs längerfristig auch dazu führt, daß dieser negative Kreislauf durchbrochen wird und es tatsächlich zu einer praktischen Umsetzung abstrakter Erkenntnis kommt. Angesichts des bedrohlichen Ausmaßes von Umweltschäden bleibt aber für diesen Wandel nurmehr wenig Zeit.

Der Wirtschaftsprozess aus ökologischer Sicht

Mitunter nehmen die Widerstände im Denken und Handeln eine besonders gefährliche Form an, nämlich dann, wenn eine forcierte Fortsetzung der bisherigen Politik quantitativen – umweltzerstörenden – Wachstums als einzige Möglichkeit gesehen wird, die gegenwärtige Beschäftigungs- und Umweltkrise gleichzeitig zu lösen. Die Verfechter dieser Theorie weisen darauf hin, daß einerseits in der Phase des Wirtschaftsaufschwungs nach dem Kriege durch eine gezielte Wachstumspolitik Vollbeschäftigung erreicht worden sei, und zwar trotz höherer Produktivitätssteigerungsraten als heute, trotz eines bedeutenden Strukturwandels in der Landwirtschaft, trotz des Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen und trotz einer Arbeitslosigkeit von elf Prozent im Jahre 1950. Warum sollte eine solche Politik nicht auch heute unter wesentlich günstigeren Bedingungen zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung führen? Auch die Umweltkrise ließe sich mit derselben Klappe schlagen: Durch hohe Wachstumsraten und entsprechende Steigerung von Gewinnen, Löhnen und Steuereinnahmen sei es möglich, die für den Umweltschutz erforderlichen Mittel bereitzustellen, ohne daß es zu heftigen Verteilungskonflikten oder einem Abbau des Sozialleistungssystems kommen müßte.

Aus ökologischer Perspektive erscheint das »Wirtschaftswunder« nach dem Kriege weitaus problematischer und keinesfalls als Modellfall für heutige Wirtschaftspolitik, denn die damalige Lösung des Beschäftigungsproblems bestand in der Umsetzung und Eingliederung von Arbeitslosen in neue Beschäftigungsbereiche. Mehr und neue Güter wurden, begünstigt durch einen erheblichen Nachholbedarf nach dem Kriege, hergestellt, das heißt natürliche und häufig nicht erneuerbare Ressourcen wurden in energieintensive und umweltbelastende Sachgüter (und Dienstleistungen) transformiert. Das Beschäftigungsproblem wurde sozusagen auf dem Rücken der Natur einer – wenn auch nur vorläufigen – Lösung zugeführt. Bildlich gesprochen kann man sagen: Man hat in dieser Zeit die Rechnung ohne den Wirt gemacht, und die ausgebeutete Natur präsentiert uns heute die Rechnung in Form immens gestiegener und finanziell kaum noch bewältigbarer Umweltschäden, deren sichtbarster Ausdruck das rasch fortschreitende Waldsterben ist. Schon diese »Altlasten« sind kaum zu bewältigen – eine Politik forcierten Wachstums mit überproportionaler Zunahme von Energieverbrauch, Umweltbelastung und Kosten der immer nur begrenzt möglichen nachträglichen Schadensbeseitigung wäre langfristig überhaupt nicht finanzierbar, auch nicht aus einem noch so rasch wachsenden Sozialprodukt: Die Kosten und Schäden wachsen weitaus schneller. Deswegen steht uns heute der Weg einer forcierten Wachstumspolitik nach dem Muster der 50er Jahre nicht mehr offen.

Selbst wenn sie kurzfristig möglich wäre – was aus vielerlei Gründen wenig wahrscheinlich ist –, würde uns diese erneute Ausbeutung der Natur durch Produktion zusätzlicher und neuer Güter nur in die nächste Umweltkrise führen, nicht zuletzt auch deswegen, weil durch die Produktion von Gütern nicht nur Umwelt und natürliche Ressourcen verbraucht werden, sondern auch noch die »Entsorgung« der mit diesen Produkten einhergehenden Abfälle zu bewältigen wäre.

Bevor das Konzept einer ökologisch orientierten Wirtschaft kurz als »qualitatives Wachstum« positiv beschrieben wird, soll in knapper Form noch dargelegt werden, warum die bisherige, vorwiegend nachsorgende Umweltschutzpolitik zwar kurzfristig notwendig ist, aber keine langfristige Lösung darstellt. Ihr Grundfehler besteht darin, daß sie sozusagen »das Kind aus dem Brunnen holt, nachdem es hineingefallen ist«. Konkreter ausgedrückt bedeutet dies:

- Nicht alle eingetretenen Schäden – etwa das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Verkarstung ganzer Landschaften und anderes mehr – lassen sich nachträglich überhaupt beheben.

- Mit zunehmender Ausbreitung und wachsendem Ausmaß dieser Schäden wird ihre Behebung, selbst wenn sie technisch möglich ist, immer aufwendiger mit der Konsequenz, daß aus finanziellen Gründen auch häufig technisch mögliche Nachsorge nicht in ausreichendem Maße vorgenommen wird.

- Da mit zunehmendem Sozialproduktwachstum bei gegebenem Stand der Technik Umweltbelastungen wie auch Aufwendungen für nachträgliche Schadensbeseitigung weit überproportional steigen, geht ein immer höherer Anteil des Energieverbrauchs in die immer nur begrenzt mögliche nachträgliche Schadenskorrektur, bis zuletzt eine »Leerlaufgrenze« eintritt, dann nämlich, wenn die letzte Einheit zusätzlicher Energieproduktion ganz in umweltpolitische Maßnahmen gesteckt werden muß. Verschärft wird das Problem noch dadurch, daß die Gewinnung von Energie wie auch ihr Einsatz in der Produktion ihrerseits meist mit erheblicher Umweltbelastung verbunden ist.

Qualitatives Wachstum als praktische Form ökologisch orientierten Wirtschaftens

Die bisherigen Überlegungen haben gezeigt, daß weder eine forcierte Wachstumspolitik nach dem Muster der 50er Jahre noch die Fortsetzung der bisher vorwiegend nachsorgenden Umweltpolitik die langfristig erforderliche ökologische Umorientierung bewirken können. Gefordert ist vielmehr eine Politik des qualitativen Wachstums, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist (vergleiche im einzelnen Binswanger und andere, 1983, Kapitel 4 und 5):

Neben das reale Sozialprodukt, das Umweltschäden und Ressourcenverbrauch nicht richtig erfaßt, treten zusätzliche Indikatoren (Maßzahlen), die den aus Produktion und Konsum resultierenden Nutzen und Schaden erkennen lassen. Die Wirtschaftspolitik orientiert sich also nicht mehr in erster Linie an hohen Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts, die regelmäßig mit forcierter Umweltzerstörung einhergehen, sondern sie orientiert sich mehr an einem Wachstum der qualitativen Aspekte der Wirtschaftstätigkeit.

Zu diesen qualitativen Aspekten gehören Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Anerkennung von Eigenarbeit als eines Einkommensbestandteils, die Anerkennung der im informellen Sektor (zum Beispiel Haushalten, karitativen Vereinigungen, Selbsthilfegruppen usw.) meist unentgeltlich geleisteten Arbeiten, auch mittels finanzieller Unterstützung dieser Aktivitäten durch den formellen, erwerbswirtschaftlichen Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Handwerk, Dienstleistungsgewerbe und Staat).

Zentral für ökologisch orientiertes Wirtschaften ist die Entkoppelung von Energieverbrauch und Sozialproduktwachstum, von der Erkenntnis ausgehend, daß Energie in fast allen uns bekannten Formen nur begrenzt vorhanden ist und daß ihre Gewinnung wie auch ihr Einsatz in der Produktion in aller Regel mit erheblichen Umweltbelastungen einhergeht. Das Sozialprodukt im bisherigen Sinne soll also nur noch insoweit steigen, als dies ohne zusätzlichen Verbrauch (besser noch: bei Einsparung) des Primärenergieeinsatzes möglich ist. Dies bedeutet eine erhebliche Umstrukturierung der Zusammensetzung des Sozialprodukts: Der Anteil energie- und ressourcenverbrauchender Produkte geht zurück zugunsten solcher Güter und Dienstleistungen, die bei Produktion und Konsum wenig Ressourcen verbrauchen und die Umwelt nur in geringem Maße belasten.

Damit ändert sich auch die Produktionsstruktur der Volkswirtschaft, und die dabei entstehenden Schrumpfungprozesse in umweltschädlichen Bereichen führen zu den eingangs erwähnten politischen Widerständen gegen die erforderliche Umstrukturierung in Richtung auf weniger umweltschädliche Formen des Wirtschaftens; dazu gehört selbstverständlich auch ein Wachstum derjenigen Bereiche, die umweltfreundlich und ressourcenschonend produzieren.

Instrumente einer Politik qualitativen Wachstums

Die geforderte Umstrukturierung soll durch zwei Arten von Instrumenten erreicht werden, nämlich durch *ökonomische Instrumente*, die auf eine Verteuerung energieintensiver und umweltbelastender Verfahren und Produkte hinwirken, und durch *politische Instrumente*, die den Rahmen für eine ökologische Form des Wirtschaftens bilden. An dieser Stelle können die Instrumente dieser Politik qualitativen Wachstums nur schlagwortartig aufgeführt werden:

– Zentrales Instrument soll eine zweckgebundene *Energieabgabe* zur Verteuerung des Energieeinsatzes sein, deren Aufkommen zur teilweisen Finanzierung der Sozialversicherung (zu etwa einem Drittel) verwendet werden soll, um ohne Senkung der Nettolöhne durch Verminderung der Lohnnebenkosten den Einsatz menschlicher Arbeitskraft billiger zu machen.

– Da marktwirtschaftliche Umweltpolitik, wie bereits dargelegt, vor allem nachsorgender Art ist und die Entwicklung von vornherein integrierter, belastungsvermeidender Umweltschutztechnologien rein privatwirtschaftlich nicht in ausreichendem Maße geschieht, müssen Umweltschutzinvestitionen und integrierte Produktionskreisläufe durch staatliche Maßnahmen gefördert werden; dies gilt besonders für die Grundlagenforschung in diesem Bereich. Ziel ist damit die längerfristig erforderliche Schadensvermeidung anstelle der nur begrenzt möglichen nachträglichen Schadensbeseitigung.

– Da eine Politik qualitativen Wachstums nicht auf hohe quantitative Wachstumsraten setzt (die Begrenzung des Energieeinsatzes bedeutet auch eine Begrenzung der Wachstumsraten), sind möglichst kostenneutrale Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen durch die Tarifpartner zu vereinbaren und gegebenenfalls durch den Staat zu fördern; dazu gehört nicht nur die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, also die Vorruhestandsregelung, sondern auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Genausowenig wie eine Gesellschaft langfristig dadurch reicher werden kann, daß sie ihre Lebensgrundlagen zerstört, kann sie davon profitieren, daß es vielen Menschen verwehrt ist, an der Erstellung des Sozialprodukts beteiligt zu werden, aus dem sie ja schließlich doch über das Sozialleistungssystem finanziert werden müssen; Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur unmenschlich, sondern auch unwirtschaftlich.

– So notwendig die Beseitigung von aus früherer Zeit angehäuften »Altlasten« aus allgemeinen Steuermitteln ist, so sollte in Zukunft doch mehr als bisher das Verursacherprinzip an die Stelle des Gemeinlastprinzips bei Umweltschäden treten. Wichtig ist dabei, daß der bisher vorherrschende ideologische Streit um die Wahl des *einen* optimalen Instruments ersetzt wird durch den Einsatz der für die jeweilige Fragestellung am besten geeigneten Instrumente (flexible Kompensationslösungen, eventuell auch Umweltnutzungsrechte in Ballungsgebieten; Aufgabenlösung bei großräumiger Verteilung der Schadstoffbelastung; Änderung der Haftungsregel nach japanischem Vorbild, nämlich vom Geschädigten zum *potentiellen* Verursacher des Schadens, der aus diesem Grunde einen Anreiz hat, durch Umweltschutzmaßnahmen von dieser Gefährdungshaftung freizukommen).

– Nicht nur im Umweltbereich, sondern auch im sozialen Bereich müssen Vorsorge- und Selbsthilfemaßnahmen der Betroffenen stärker als bisher gefördert werden, und zwar nicht nur wegen des kaum mehr bezahlbaren Aufwandes nachträglich kompensierender Umwelt- und auch Sozialpolitik, sondern auch deswegen, weil Staat und Wirtschaft wichtige soziale Dienste entweder gar nicht oder nicht in der gewünschten Form oder nicht zu allgemein erschwinglichen Preisen anzubieten imstande sind. Autonome Frauenhäuser und Jugendzentren, Selbsthilfegruppen Betroffener, freiwillige Versorgungs- und Pflegedienste und viele andere soziale Dienste des informellen Sektors müssen in geeigneter Weise unterstützt (»alimentiert«) werden. Dies kann zum Beispiel im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geschehen.

– Umweltbelastung entsteht aber auch schon, bevor der Schadstoff die Fabrikttore verläßt. Deswegen sind Maßnahmen zur Förderung der »Ökologie der Arbeit« dringend erforderlich: Verbesserte Mitbestimmungsrechte zum Abbau schädlicher und gefährdender Arbeitsbedingungen sowie Mitbestimmung der Betroffenen in ihrer konkreten Arbeitssituation sind wesentliche Elemente einer »Ökologie der Arbeit«, bei der häufig Arbeitnehmerinteressen an der Vermeidung gefährlicher Arbeitsstoffe einhergehen mit Konsumentenwünschen nach weniger schädlichen und umweltbelastenden Produkten.

Die hier kurz skizzierten Instrumente beziehen sich vor allem auf die Ebene der einzelnen Volkswirtschaft. Da Umweltbelastung aber nicht an nationalen Grenzen halt-

macht, bedarf es internationaler Koordination der Umweltpolitik innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft; auch zweiseitige Absprachen mit Nachbarländern sind erforderlich. Daß diese internationale Harmonisierung sicherlich sehr schwierig sein wird, ist kein Grund dafür, auf nationale Maßnahmen zu verzichten oder diesen langfristigen Prozeß internationaler Koordination nicht in Angriff zu nehmen. Begleitet werden muß die Umorientierung der wirtschaftlichen Strukturen durch eine Umorientierung unseres Denkens, unserer Erziehung und vor allem unseres Handelns. Nur wenn wir in unserem Denken und Tun die einfache Wahrheit anerkennen, daß uns die Erde nur zur zeitweisen Nutzung gegeben ist und daß wir sie künftigen Generationen möglichst unversehrt zu übergeben haben, werden wir langfristig zu einer ökologisch orientierten Wirtschaft gelangen.

Prof. Dr. Hans G. Nutzinger ist Professor für Theorie öffentlicher und privater Unternehmen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel.